

«Die Wegelin-Partner sind keine Idioten»

Für Bankenprofessor Martin Janssen hat im Steuerstreit mit den USA vor allem der Bundesrat versagt

Von Erik Ebnetter und Markus Prazeller

BaZ: Herr Janssen, haben Sie Ihr Geld bereits auf einer ausländischen Bank in Sicherheit gebracht?



Martin Janssen: Weshalb sollte ich? Nach den jüngsten Schlagzeilen entsteht der Eindruck, die Schweizer Banken seien dem Untergang geweiht.

Der Eindruck ist völlig falsch! Die Banken sind weder insolvent noch illiquid. Im schlimmsten Fall können sie ihre Zahlungen vorübergehend nicht mehr in Dollar leisten. Natürlich wäre das sehr schlecht. Aber deswegen verliert kein Kunde auch nur einen Dollar oder Franken. Vom Untergang zu sprechen, ist daneben.

Dass die Banken zurzeit Probleme haben – ist das nicht das Ergebnis einer Geschäftspraxis, die jahrzehntelang auf wackligem Fundament stand?

Das kann man so nicht sagen.

Schweizer Banken nehmen un versteuertes Geld an. Früher oder später musste das zu Problemen führen.

Sehen Sie, jede Bank, eine amerikanische genauso wie eine schweizerische, nimmt un versteuertes Geld an. Das ist weder verboten, noch lässt es sich vermeiden. Man sieht es dem Geld ja nicht an, ob es versteuert ist oder nicht. In manchen Fällen weiss es nicht einmal der Kunde selber.

Das klingt jetzt etwas verharmlosend.

Die Frage ist: Sind Schweizer Banken aktiv auf Kunden zugegangen und haben diese unterstützt, Steuern zu hinterziehen oder Steuerbetrug zu begehen? Das ist im US-Recht verboten und auch in der Schweiz gemäss der Sorgfaltspflichtvereinbarung der Banken nicht zulässig.

Die Amerikaner agieren also verhältnismässig?

Ich habe Verständnis für die Amerikaner, dass sie sich gegen solche Praktiken zur Wehr setzen. Die Mittel aber, die sie gegen die Schweiz einsetzen, sind völlig unverhältnismässig. Dass die Amerikaner Wegelin aufs Schafott führten, dürfte kaum etwas mit dem Verhalten dieser Bank zu tun haben, sondern mit ihrem guten Ruf und ihrem Alter. Für einen US-Staatsanwalt mit politischen Absichten ist Wegelin ein ideales Opfer.

Hätte es sich vermeiden lassen?

Was mich stört, ist das Verhalten der Schweiz. Der Bundesrat meint, man habe Zeit, könne alles verschleppen, und wenn dann ein Fall Wegelin passiert, gibt er den Banken die Schuld, obwohl diese sich in 99 Prozent aller Fälle im Rahmen des geltenden Rechts bewegten.

Die USA handeln inadäquat, der Bundesrat schläft – Hand aufs Herz:



Keine Untergangsstimmung. Laut Janssen ist das Geld auf Schweizer Banken immer noch sicher. Foto Keystone

Haben die Banken nicht auch Fehler gemacht?

Doch, klar. Hätten sich die Banken an die Norm der passiven Entgegennahme von Geld gehalten, hätten die Amerikaner kaum etwas unternommen. Aber aktive Beihilfe zur Steuerhinterziehung ist weltweit schon lange nicht mehr akzeptabel. Auch die Bankiervereinigung ist leider unentschieden und äussert sich nicht.

«Es ist wie im Krieg, wo der General Angst hat vor dem Gegner und auf seine Soldaten schießt.»

Irgendwie kommt es mir vor wie in einem Krieg, wo der General Angst hat vor dem Gegner und dann auf die eigenen Soldaten schießt. Das ist sicher keine erfolgreiche Strategie.

Der General ist der Bundesrat und die Soldaten sind die Banken?

Genau.

Gewisse Soldaten haben ihre Kameraden schon früh gewarnt. Der verstorbene Bankier Hans J. Bär schrieb 2004 in seinen Memoiren, das Bankgeheimnis mache «fett» und «impotent».

Das ist so, wenn man in der Wirtschaft einen komparativen Vorteil hat. Dann verdient man halt mehr Geld als die anderen. Das gilt für die Schweizer Banken, aber auch für ölfreiche Län-

der oder Südafrika, wo es Gold im Boden hat. Ein schlechtes Gewissen braucht man darum nicht zu haben.

Aber in der Schweiz war es eine bewusste Strategie, mit dem Bankgeheimnis Geld zu verdienen. War das intelligent?

Das ist eine ganz andere Frage. Übrigens, das Argument, dass man fett und impotent wird, hat bei den Politikern, die dieses Argument immer wieder bringen und dabei fast ausschliesslich von Steuergeldern leben, viel mehr Berechtigung als bei Schweizer Banken.

Das mag sein. Aber nochmals: War die Strategie der Schweizer Banken ungeschickt, wie Bär geschrieben hat?

Wenn die ganze Welt ihr Geld in die Schweiz bringen will, weil es hier sicher ist, dann soll das der Welt freigestellt sein. Wir sind doch nicht der Steuereintreiber der anderen. Klar ist aber auch: Beihilfe zur Steuerhinterziehung ist verboten und eine miserable Geschäftsstrategie. Wenn man der Tochter oder dem Sohn nicht in die Augen schauen kann, wenn man das eigene Geschäftsmodell erklärt, hat man ein Problem. Das gilt auch hier.

Man hätte auch sagen können, bringt Euer Geld, hier ist es sicher, aber zeigt uns, dass es versteuert wurde.

Wie soll das gehen? Schon die alten Römer sagten: Pecunia non olet – Geld stinkt nicht. Sie sehen einer Banknote nicht an, ob sie versteuert ist oder nicht. Und in vielen Fällen

weiss es nicht einmal der Kunde selber. Hat man einen Lohnausweis, unabhängig, ob darauf 50 000 Franken stehen oder 5 Millionen, ist es, abgesehen von den Abzügen, einfacher. Aber schon im Falle einer kleinen Firma mit der ganzen Abschreibungsproblematik ist das oft nicht mehr möglich. Da wissen Sie erst nach dem Entscheid des Steuerkommissärs, also nach drei oder vier Jahren, was ordnungsgemäss ist und was nicht.

Wie liesse sich das Problem angehen?

Wenn man glaubt, dass in der Schweiz zu viel Geld hinterzogen wird, müsste man sich überlegen, die Strafen zu erhöhen. Vielleicht müsste man sich aber vorher die Mühe machen, im Rahmen eines wissenschaftlichen Projektes einmal zu klären, was eigentlich die Fakten sind. Es kann nicht sein, dass die Schweiz mit Tausenden von Kontrolleuren weiter bürokratisiert wird, um die Steuereinnahmen um ein paar wenige Prozentpunkte zu erhöhen. Wer Steuern hinterzieht, wird meistens erwischt und bezahlt dann eine hohe Strafsteuer. Das reicht vollauf für ein faires Steuersystem.

Im Umgang mit dem Ausland: Sind Doppelbesteuerungsabkommen sinnvoll?

Das machen wir bereits. Wir sind die einzigen weltweit, die Steuern eintreiben für Drittstaaten.

Aber hintertreiben die Banken nicht die Bemühungen der Politik? Die UBS ist seriös geworden, und die Bank Wegelin

führte das umstrittene Geschäft in den USA weiter – wider besseres Wissen.

Zur Bank Wegelin kann ich mich nicht äussern – darüber weiss ich nichts. Falls es aber tatsächlich so passiert ist, waren es vermutlich nur wenige Fälle. Die Partner von Wegelin sind keine Idioten. Sie haben kaum beschlossen, aktive Beihilfe zur Steuerhinterziehung zum Geschäftsmodell zu machen. Aber es ist leider oft kaum möglich, bei der Kontoeröffnung alle Fakten in Erfahrung zu bringen. Nochmals: Geld entgegenzunehmen ist keine Straftat.

Wie kann sich die Schweiz vor einem weiteren Fall Wegelin schützen?

Die Nationalbank könnte eine Art Schutzschirm aufspannen. Das Problem ist Folgendes: Wenn eine Schweizer Bank Dollar-Zahlungen abwickelt, ist immer eine US-Bank involviert. Eine Bank, die in den USA angeklagt wird, ist innert 48 Stunden tot – weil keine US-Bank mehr mit ihr geschäftet. Der Dollar ist aber die Leitwährung der Weltwirtschaft. Eine Bank, die keine Dollar-Geschäfte anbieten kann, ist für Kunden unattraktiv.

Was wäre die Rolle der Nationalbank?

Sie müsste in der kritischen Phase einspringen und Dollar- oder Euro-Liquidität bereitstellen.

Bestehen die gesetzlichen Grundlagen?

Es geht um die Stabilität des Finanzplatzes Schweiz. Deshalb ist die Antwort: Ja. Aber selbst wenn die Antwort Nein lautet, haben wir die Pflicht, uns zu verteidigen. Wir sind in einer ausserordentlichen Lage, da können wir uns nicht auf formaljuristische Argumente kaprizieren.

Das dürften Juristen anders sehen.

Wenn die Situation ernst ist – und das ist sie –, dann haben Sie sich entweder gut vorbereitet oder Sie verhalten sich vernünftig. Ansonsten haben Sie keine Chance. Da wir nicht gut vorbereitet sind, müssen wir uns vernünftig verhalten. So einfach ist das.

Haben die zuständigen Stellen auf Ihren Vorschlag reagiert?

Ja. Wir werden sehen, was herauskommt.

Ein Freund von Konrad Hummler

Martin Janssen (63), Professor für Banking und Finance an der Universität Zürich, ist in diesen Tagen einer der vehementesten Verteidiger der Schweizer Banken – insbesondere der Bank Wegelin, mit deren Chef Konrad Hummler er befreundet ist. Wegelin sei ein Opfer der amerikanischen Machtpolitik geworden, sagt Janssen. Er glaubt nicht an ein systematisches Fehlverhalten der Geldhäuser. Janssen gilt als parteipolitisch unabhängig.

Die bewegte Geschichte zweier ungleicher Schwestern

Von Jürg Stüssi-Lauterburg *

Plena Libertas, volle Freiheit, hatte der Basler Bürgermeister Johann Rudolf Wettstein 1648 von den Friedensverhandlungen aus Westfalen in die Eidgenossenschaft zurückgebracht. Die Schweiz wurde in der Folge als so frei wahrgenommen, dass Patrick Henry in der Virginia Convention 1788 ausrufen konnte: «Let us follow their example, and be equally happy.» Für Kennis der Schweiz hatte die frühe Auswanderung gesorgt – Christoph von Graffenrieds 1710 gegründetes New Bern, North Carolina, mag als Stichwort genügen. In Unabhängigkeitserklärung und Verfassung der USA finden sich Schweizer Spuren. Die Schweiz machte ihrerseits 1848 Anleihen bei der amerikanischen Verfassung. Eine Konvention beider Staaten beschwor 1850 «the bonds of friendship which so happily exist between the two Republics». «Sister republics» wurde zum Ausdruck für die Seelenverwandtschaft. Die Anteilnahme ging bis hin zum militärischen Engagement. Der Baselbieter Emil Frey, nachmaliger Bundesrat, kämpfte bei Gettysburg – für ihn und seine Kampfgenossen sagte Lincoln

über das Schlachtfeld: «The brave men, living and dead, who struggled here, have consecrated it, far above our poor power to add or detract.»

Amerikaner in der Armee

Die Wanderbewegung aus der Schweiz in die USA zählt nach Hunderttausenden, in die Gegenrichtung gab es sie, wiewohl sehr viel schwächer, auch. So studierte der New Yorker Emil Joseph Kohnstamm in Zürich Chemie und wurde, als angesehener Professor, 1908 Schweizerbürger. In der nächsten Generation stieg Herbert Constanam bis zum Oberstkorpskommandanten auf. Die Familie war evangelisch-reformiert, die jüdische Herkunft gleichzeitig bekannt. Constanam wurde befördert, weil General Guisan den Verstand, den Horizont, die Tatkraft und den Charakter des geborenen Amerikaners erkannte. Nach dem Fall Frankreichs im Sommer 1940 richtete sich die Hoffnung der Schweiz auf Grossbritannien und die USA, was sich unter anderem in den Plänen bedeutender Firmen, ihre Sitze zu verlegen, äusserte. Emil Barell von Hoffmann-La Roche beispielsweise zog nach Nutley, New Jersey, in der Absicht, im Notfall der Germanisierung von

Roche durch eine Amerikanisierung zuvorzukommen. Die USA ihrerseits ergriffen Massnahmen, einem Einknicken der Schweiz entgegenzuwirken. So erklärte Ende September 1940 Generalkonsul James Bolton Stewart in Zürich vor der Gesellschaft Schweizerfreunde der USA: «Ich kann Sie versichern, dass Uncle Sam Verständnis und natürliche Anhänglichkeit zur Schwester Helvetia zeigt.»

General Guisan wollte von den Amerikanern verstanden werden: Vieraugengespräche mit US-Militärattaché Barnwell Rhett Legge waren von Geheimnissen umgeben und für das Vertrauen der Amerikaner von Bedeutung. Klar war die Schweizer Haltung gegenüber amerikanischen Versuchen, den Krieg durch eine Separatkapitulation mit den Wehrmachtbefehlshabern in Italien abzukürzen. Man förderte die Sache diskret, ohne die Glaubwürdigkeit der Neutralität zu untergraben. Die von Bern aus durch den dortigen Chef des Office of Strategic Services, Allan Welsh Dulles, geleitete Operation «Sunrise» führte zur Verkürzung des Krieges. Die Leistung der Schweizer Max Waibel und Mario Martinoni gehört in diesen Kontext. Die USA, nach dem Zweiten Weltkrieg

tonangebende Grossmacht, erstrebten eine politische und militärische Einbindung der Schweiz. Über einen frühen Beitrag an den Wiederaufbau Europas, den der vom Krieg verschonte neutrale Kleinstaat im Washingtoner Abkommen eher widerstrebend zu leisten bereit war, hatten solche Bemühungen jedoch keinen Erfolg. Edgar Bonjour hatte seine Mühe, gegenüber den USA publizistisch die Besonderheit der Schweizer Neutralität zu erklären. Der Koreakrieg führte schliesslich zu einem besseren Verständnis, denn die Bereitschaft der Schweiz, in der Waffenstillstandsüberwachungskommission der neutralen Staaten (NNSC) mitzutun, fand am Potomac 1953 dankbare Anerkennung.

Ein Denkmal für John F. Kennedy

Die Mehrheit des Schweizer Volkes sah in den USA den Garant gegen den Sieg des totalitären Kommunismus. So lässt sich ein Denkmal für den ermordeten amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy auf dem Belpberg erklären. Das war nicht Parteinahme, sondern Bekenntnis zu den gemeinsamen republikanischen und demokratischen Werten des Westens. Interessen können zusammenstossen,

wie die Auseinandersetzungen über die nachrichtenlosen Vermögen und das Bankgeheimnis seit den Neunzigerjahren zeigen. Dass bei Partnern unterschiedlichen weltpolitischen Gewichts auf der einen Seite die Versuchung besteht, über den anderen hinwegzugehen, auf der anderen Seite die Angst, die eigene Unabhängigkeit zu verlieren, schliesst relativ faire Lösungen nicht aus. Dass die Schweiz nach wie vor Schutzmacht der amerikanischen Interessen in Iran ist, relativiert die offiziellen Gegensätze. An der Freundschaft der Völker wird sich vollends nichts ändern, zu sehr verbinden grundsätzliche Werte die Schwesternrepubliken: Die Einsicht in die Gefahren, die von Machtkonzentrationen ausgehen, und darauf die republikanische Antwort der Machtbrechung. Die USA und die Schweiz billigen einer Dame ein Diadem zu: der Liberty, der Libertas. Diese Freiheit ist jener Kitt, der Freundschaft über alle Krisen hinweg verbürgt, getreu dem hier freizitierten Wort Ludwig Börnes: «Man kann eine Idee durch eine andere verdrängen, nur die der Freiheit nicht.»

* Jürg Stüssi-Lauterburg ist Militärgeschichtler. Er leitet die Bibliothek am Guisanplatz in Bern.